

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 113 (1987)
Heft: 25

Rubrik: Top-Meldungen der Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom (Ost-)Winde verweht

An der schönen kühlen Donau

Das Österreich-Ungarn der Doppelmonarchie gibt es nicht mehr; aber viele Ungarn hängen der Erinnerung daran mit warmer Nostalgie nach. Für eine Abkühlung sorgte nun die völkerverbin-

Von Bruno Knobel

dende Donau. Gemäss Vereinbarung zwischen Budapest und Prag soll an der gemeinsamen Grenze ein Grosskraftwerk errichtet werden. Aus Protest dagegen entstand in Ungarn die erste Bürgerrechtsbewegung des Ostblocks, denn das Werk wird die Trinkwasserversorgung für sieben Millionen Menschen gefährden, und dafür müssen 10 000 Hektaren Auwald abgeholzt werden. (In Österreich ging es beim erfolgreichen Widerstand gegen Hainburg «nur» um 1000 ha Auwald!)

Die ungarische Regierung war geneigt, das Projekt vorerst wenigstens um zehn Jahre hinauszuschieben, aber Prag beharrte auf Einhaltung des Vertrages (und unterband jeden Protest auf CSSR-Seite). Schliesslich erklärte sich Budapest überhaupt ausserstande, die Realisierung zu be-rappen – doch da sprang das liebe, hilfsbereite Österreich

geradezu unheimlich bereitwillig ein: Es finanziert den Bau (umgerechnet etwa 800 Millionen Franken) – aber 70 % der Bauaufträge gehen an österreichische Firmen; Wien bedingte sich zudem vertraglich aus, während 20 Jahren Strom aus dem ungarischen Netz ziehen zu können. Und zwar in einer Menge, welche die Produktion des neuen Werkes sogar um 20 % übersteigt, so dass Ungarn aus seiner eigenen Energiekrise nur durch den Ausbau der Kernenergie (die in Österreich verboten ist!!) herauskommen kann.

Ungarische Prominente publizierten kürzlich in einer bürgerlichen Wiener Zeitung ein ungewöhnliches Inserat, in dem sie Österreich baten, doch nicht «die Demokratiemängel eines Nachbarlandes» auszunützen und nun, statt in Hainburg, das Werk in Ungarn zu bauen. Sogar ein österreichisches Magazin kommentierte ironisch, dass das Projekt «ein lockendes mildes Lüfterl für die österreichische Industrie» bedeute.

Ungarn beklagt sich: Österreich zahlt, dafür schiebt es die Folgen einmal mehr über seine Grenzen, und die Ungarn müssen

der österreichischen Regierung die österreichischen Umweltschützer vom Leibe halten. Und als für die Kaltschnäuzigkeit der gemütlichen Weaner typisch erschien den ungarischen Grünen die Formulierung des österreichischen Finanzministeriums: «Wir sehen das Projekt vor allem aus der Sicht der österreichischen Fir-

men und des österreichischen Strombedarfes. Über die ökologischen und gesellschaftlichen Auswirkungen müssen die Ungarn selber befinden.»

Das war in Ungarn Anlass, den neuen Begriff vom «ökologischen Imperialismus» zu prägen. Es geht eben nichts über ein freundschaftliches Verhältnis!

Top-Meldungen der Woche

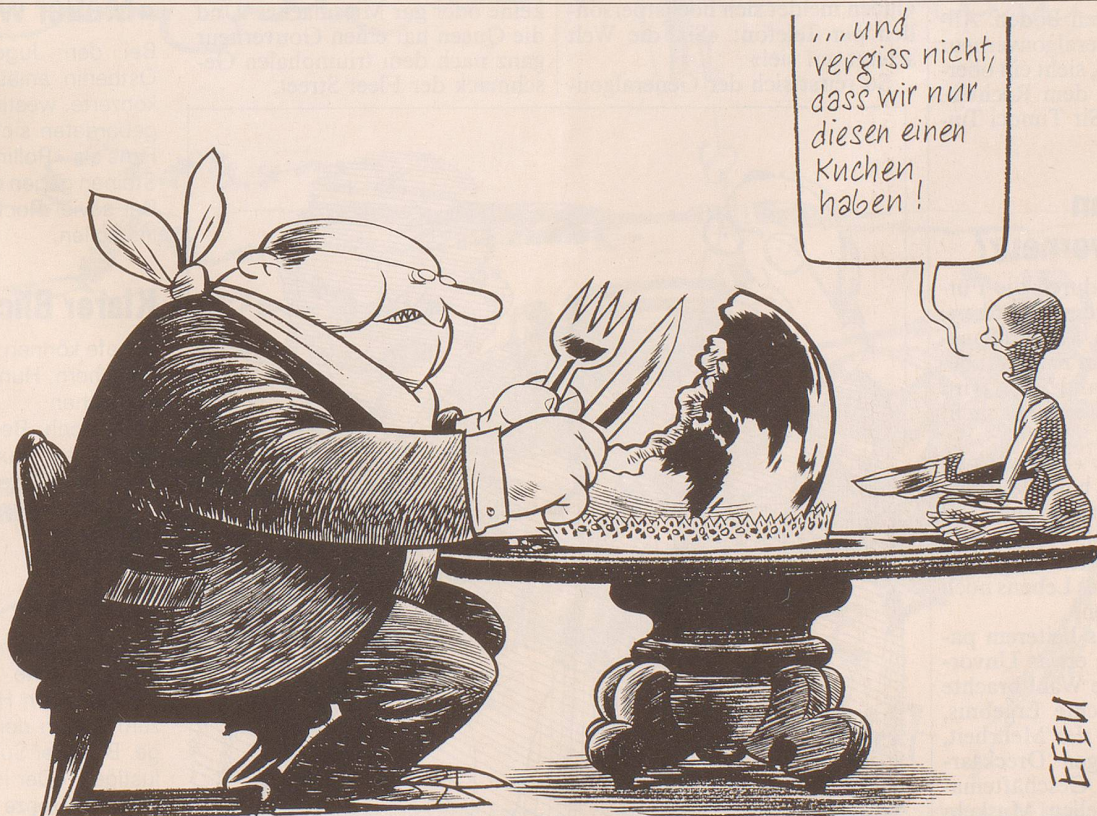
■ Laut einem Rundschreiben des Zentralsekretariats der KPdSU wird hohen Sowjetfunktionären empfohlen, Flugzeuge auch dann nicht auf dem Roten Platz zu parken, wenn sie es sehr eilig haben.

■ Aus allen zukünftigen Sonntagsreden von CDU-Politikern mit der Standard-einleitung «Frieden schaffen mit immer weniger Waffen» wird auf Verlangen des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauss der Passus

«mit immer weniger Waffen» ersatzlos gestrichen.

■ Polnische Reiseunternehmer «verlieren» in letzter Zeit bei Ausflügen in den Westen so viele Wochenendabspringer, dass man erwägt, die Busfahrten nur noch mittwochs und donnerstags stattfinden zu lassen und höchstens zwei Stunden nach Grenzübertritt in den Osten zurückzu-kehren.

Am Telex sass: Frank Feldman



Der Brundtland-Bericht der Uno-Umweltbehörde kommt zum Schluss, dass die reichen Länder bereits einen grossen Teil des Umweltkapitals aufgebraucht haben.